



Antrag

—

Fraktion DIE LINKE

Gegen die Inflation - Lebensmittelpreise und Heizkosten senken

Der Landtag wolle beschließen:

I. Der Landtag stellt fest;

dass die derzeitige Inflation nach wie vor zu spürbaren Teuerungen bei den Menschen in Sachsen-Anhalt führt. Gerade im Supermarkt ist die Teuerung augenscheinlich. Viele Menschen kämpfen mit diesen gestiegenen Preisen und können dies eben nicht durch gestiegene Löhne oder Kostensenkung an anderer Stelle kompensieren. Der Ansturm von Menschen in Armut, die sich bei den Tafeln mit Lebensmitteln versorgen müssen, ist ungebrochen. Mit der nächsten Heizperiode stehen die Menschen vor erneuten Herausforderungen bei den Heizkosten. Hier bedarf es gezielter Maßnahmen gegen die Inflation, vor allem bei Nahrungsmitteln, Fernwärme und Gas.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf;

auf Bundesebene, u. a. mit der Initiierung von Bundesratsinitiativen aktiv zu werden, um folgende Punkte umzusetzen

- a. die Absenkung der Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel auf Null,
- b. die Einrichtung einer staatlichen Preisbeobachtungsstelle, die die Entwicklung der Erzeuger- und Lebensmittelpreise für Endverbraucher:innen in der gesamten Lebensmittelkette beobachtet,
- c. die Entwicklung eines Katalogs, der die Grundnahrungsmittel zeitgemäß definiert,

- d. die Einführung einer Übergewinnsteuer zur Abschöpfung der durch den Krieg und die Folgen bedingter Gewinne von Lebensmittelkonzernen,
- e. die Absenkung der Mehrwertsteuer auf Fernwärme und Gas auf 7 Prozent zu verlängern und zu entfristen.

Begründung

Während die Teuerung im August 2023 zum ersten Mal seit Februar 2022 wieder unter 6 Prozent fiel, blieben gerade Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke preistreibende Artikel. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen diese Preise um 8,8 Prozent. Immer mehr Menschen in Sachsen-Anhalt sind zusätzlich auf die Hilfe der Tafeln angewiesen, wodurch diese an ihr Limit kommen. In 2023 mussten diese aus diesem Grund ihr Logistikzentrum weiter ausbauen. Die Tafeln leisten eine hervorragende Arbeit, auch bei der Vermeidung von Lebensmittelverschwendung, jedoch braucht es auch direkte Hilfe für jene, die aufgrund der gestiegenen Lebensmittelpreise immer mehr in Armut abrutschen.

Die Ankündigung der Bundesregierung, den gesenkten Mehrwertsteuersatz auf Fernwärme und Gas vorzeitig auslaufen zu lassen und nicht zu verlängern, stellt die Menschen vor weitere Herausforderungen, da so auch die Heizkosten deutlich steigen werden.

Die antragstellende Fraktion hält daher die Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel bei gleichzeitiger Kontrolle der Entwicklung der Erzeuger- und Lebensmittelpreise, um Mitnahmeeffekte zu vermeiden, für unerlässlich bei der Bekämpfung von Armut. Auch die Absenkung der Mehrwertsteuer bei Fernwärme und Gas sollte für eine weitere Heizperiode fortgesetzt werden.

Eva von Angern
Fraktionsvorsitz